



11.10.2017: Galeria Kaufhof droht mit der Schließung vieler Standorte und der Vernichtung von Tausenden Arbeitsplätzen ++ ver.di soll 'Sanierungstarifvertrag' zustimmen ++ Kaufhof-Chef Wolfgang Link: "wirtschaftliche Notlage" wegen des Strukturwandel ++ Fakt: Eigentümer HBC zockt Kaufhof ab

Der Warenhauskonzern Galeria Kaufhof stecke in einer existenzbedrohenden Krise, sagt Kaufhof-Chef Wolfgang Link. Mit einem 'Sanierungstarifvertrag' will er dem Unternehmen eine "wirtschaftliche Atempause" geben. Ansonsten würden Insolvenz, Schließung von Kaufhäusern und der Verlust von Tausenden Jobs drohen, heißt es.

Kaufhof will für mindestens drei Jahre aus dem Tarifvertrag für den Einzelhandel aussteigen. Dabei wurde vor zwei Jahren, als der alte Eigentümer Metro AG die Galeria Kaufhof an die kanadische Hudson's Bay Company (HBC) verkaufte, vereinbart, dass Kaufhof bis mindestens 2020 im Tarifvertrag bleibt. Da bei Bruch der Vereinbarung keine Vertragsstrafe vorgesehen ist, kann Kaufhof jetzt die Vereinbarung straflos brechen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) bestätigt, dass Kaufhof über einen 'Sanierungstarifvertrag' für die 21.000 Beschäftigten verhandeln will. In einer Presserklärung teilt die Gewerkschaft mit: "Kaufhof hat einen Antrag gestellt, Verhandlungen über einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung aufzunehmen. Diesen Antrag werden wir intensiv gemeinsam mit einer noch zu bildenden Tarifkommission, den Arbeitnehmergremien sowie einem Wirtschaftsgutachter prüfen und abhängig vom Ergebnis der Prüfung die entsprechenden Schritte einleiten." Die Gewerkschaft will sich nicht zu den "Berichten über angeblich konkrete Einsparvorschläge ... äußern." ([Presserklärung, 10.10.17](#))

Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung verhandelte die Kaufhof-Geschäftsführung

# Kaufhof erpresst Beschäftigte und ver.di

**Kategorie: Kapital & Arbeit**

**Veröffentlicht: Mittwoch, 11. Oktober 2017 11:13**

---

bereits gestern Nachmittag mit Spitzenvertretern von ver.di. Wie die Zeitung weiter berichtet, verlangen die Kaufhof-Manager u.a. eine Kürzung der Löhne und Gehälter von drei bis fünf Prozent, die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für drei Jahre und eine Erhöhung der Arbeitszeit durch eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche.

Kaufhof-Arbeitsdirektor Peter Herlitzius gesteht denn auch ein: "Wir sind uns bewusst, dass ein neuer Tarifvertrag für unsere Mitarbeiter Einschnitte bedeutet." Der Schritt sei jedoch unvermeidlich, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und damit Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Kaufhof begründet die drastischen Einschnitte mit dem dramatischen Strukturwandel im Einzelhandel: Immer mehr Menschen kaufen im Internet, Kaufhausketten verlieren an Attraktivität und die Gewinnspannen gingen zurück.

Wie die Süddeutsche Zeitung unter Bezug auf 'Insider' berichtet, sind jedoch nicht nur die schwierigen Marktbedingungen ausschlaggebend für die finanziellen Schwierigkeiten der Kaufhauskette. Der kanadische Mutterkonzern HBC hat Kaufhof Mieterhöhungen aufgehalst und zockt so jährlich 40 Millionen Euro ab. Da der Mietvertrag über 20 Jahre läuft, bedeute dies für Galeria Kaufhof hochgerechnet eine Mehrbelastung von 800 Millionen Euro, schreibt die Süddeutsche Zeitung. "Zudem haftet HBC zwar gemäß Ergebnisabführungsvertrag für die jährlich auftretenden Verluste von Kaufhof, ist bisher aber nicht dafür aufgekommen. Rechnet man zusätzlich die Aufwendungen für kurzfristige Darlehen hinzu, die Kaufhof HBC gewährt hat, belaufen sich die ausstehenden Forderungen Kaufhofs an den Mutterkonzern auf mehr als 300 Millionen Euro." (Süddeutsche Zeitung, 11.10.2017)

Von HBC ist kein Geld zu erwarten. Vielmehr ist es so, dass HBC Kaufhof Geld entzieht, denn das kanadische Einzelhandelsunternehmen mit weltweit insgesamt 480 Geschäften und 66 000 Mitarbeitern ist selbst hoch verschuldet und der [Aktienkurs](#) ist in den zurückliegenden zwei Jahren stark gefallen.

Deshalb will das Kaufhof-Management einen 'Sanierungstarifvertrag' durchsetzen und erpresst mit Insolvenz und dem Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen.